

# OMNIBUS

gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie



## Direkte Demokratie in Deutschland



### Ab sofort: Kommt nach Hamburg! - Volksentscheid

Am 13. Juni findet nun der Volksentscheid für ein "Besseres Wahlrecht in Hamburg" statt. Für alle Kurzentgeschlossene: Wir suchen noch Helferinnen und Helfer, die ab jetzt bei den Infoständen und Straßenaktionen mitwirken. Über 50 "Aktionurlauber" kommen schon. Natürlich ist der OMNIBUS dabei, der "Mehr Demokratie Bus" und zum ersten mal auch der VOLKSWAGEN für DIREKTE DEMOKRATIE. Wir organisieren für Sie eine private Unterkunft. Reisekosten können eventuell übernommen werden. Bei Interesse bitte melden bei Kurt Wilhelmi, Tel. 040-41429851, 0177-3957073, email [kurtwillhelmi@web.de](mailto:kurtwillhelmi@web.de)  
Weitere Infos <http://www.faires-wahlrecht.de>

### Bundesweiter Volksentscheid

Nach einem Vorstoß der FDP-Bundestagsfraktion will sich die rot-grüne Koalition erneut für die Einführung bundesweiter Volksbegehren und Volksentscheide stark machen. Die Koalition hat sich am 30. April darauf geeinigt, einen entsprechenden Gesetzentwurf aus der letzten Legislaturperiode erneut in den Bundestag einzubringen. Eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung sieht der Gesetzentwurf allerdings nicht vor.

### Von unten wächst die Direkte Demokratie!

**\*\*Hamburg:** Mit beachtlichen 76,8 Prozent sprachen sich die Hamburger am 29. Februar beim Volksentscheid "Gesundheit ist keine Ware" gegen die Privatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) aus. <http://www.volksbegehren-hamburg.de>

**\*\*Sachsen-Anhalt:** 275.314 Unterschriften reichten die Initiatoren des Volksbegehrens "Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt" am 20. Februar ein, um einen Volksentscheid herbeizuführen. <http://www.buendnis-kinder.de>

**\*\*Bayern:** Die bayerische ödp hat am 19. März 2004 zwei landesweite Volksbegehren gestartet. Mit "Gerecht sparen, auch an der Spitze!" sollen ua. beitragsfreie und überzogene Politikerpensionen gestrichen sowie Aufsichtsratsposten und Beraterverträge für Abgeordnete verboten werden Ziel des zweiten Begehrens "Für Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk" ist die Einführung einer Genehmigungspflicht für Mobilfunksendeanlagen und eine verbesserte Mitsprache der Gemeinden beim Aufbau neuer Netze. <http://www.oedp-bayern.de/aktuelles/volksbegehren.html>



### Vielen Dank für Ihre Spenden!

Aufgrund unseres letzten email-newsletter sind viele Spenden bei uns eingegangen. Das ermutigt uns! Vielen Dank!

Vor dem Start der diesjährigen OMNIBUS-Tour im März hatten wir eine überraschende Reperatur von über 5.000,- Euro. Ein Teil davon ist nun finanziert. Leider erst ein Teil. Deshalb bitten wir Sie nochmal um eine Spende, sei es 20,-, 50,- oder 100,- Euro. Sie können gleich online

spenden.

Herzliche Grüße,  
Thomas Mayer

